

1 **Für ein solidarisches Miteinander**

2

3 „Alle Menschen sind vor dem Gesetz
4 gleich“ heißt es in Artikel 3 des Grundge-
5 setzes. Das gilt für alle Menschen – egal,
6 woher sie kommen und wie sie leben.
7 Und das gilt selbstverständlich für die
8 Kinder in unserer Stadt. Allerdings unter-
9 scheiden sich die Lebensbedingungen
10 von Familien oft gravierend. Genau die-
11 sen unterschiedlichen Bedingungen, un-
12 ter denen Kinder aufwachsen, trägt das
13 aktuelle Modell der Besuchsgelder für
14 Kinderbetreuung Rechnung.

15 In einem umfangreichen Beteiligungs-
16 prozess hat ein breites Bündnis aus Ge-
17 meinderat, Stadtverwaltung, freien Trä-
18 gern und Elternvertretern dieses Modell
19 erarbeitet. Sie wurde ursprünglich ein-
20 stimmig im Gemeinderat beschlossen.
21 Die einkommensabhängige Abstufung
22 der Gebühren ist gut und wichtig und vor
23 allem solidarisch. Nur ein Modell, das die
24 Betreuungskosten an das Einkommen
25 koppelt, ist sozial gerecht und sorgt da-
26 für, dass die Familien nur so belastet
27 werden, wie sie es verkraften können.
28 Es stimmt: Wer mehr verdient, der be-
29 zahlt auch mehr für die Betreuung; wer
30 weniger verdient, zahlt weniger. Wahr
31 ist auch: Die Beträge für obere Einkom-
32 men sind hoch. Sicher wäre es wün-
33 schenswert, insgesamt für alle Familien
34 eine deutliche finanzielle Entlastung zu
35 ermöglichen. Daran arbeiten wir weiter.
36 Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dies
37 finanzierbar sein muss. Die klamme
38 Haushaltsslage erlaubt aber leider nur
39 eine geringe Absenkung der Gebühren.
40 Ab Oktober zahlen Familien weniger als
41 bisher, teils beträgt die Absenkung an
42 die 20 %. Bei 40 Stunden Betreuung zah-
43 len Familien mit zwei Kindern in der
44 höchsten Einkommensstufe ab Oktober
45 anstatt zwei Mal 461, also 922 Euro, 375

46 Euro pro Kind, also 750 Euro. Das ist eine
47 deutliche Reduzierung der Beiträge.
48 Real gibt es eine weitere Reduzierung
49 der Kosten – durch den zweifachen Ver-
50 zicht auf die ansonsten üblichen jährli-
51 chen Steigerung entlang des Landesricht-
52 satzes in den Jahren 2024 und 2025 wer-
53 den Eltern ebenfalls entlastet.
54 Und andere Städte ziehen bei den Kin-
55 derbetreuungskosten nach: In Tübingen
56 sollen 1,2 Mio Euro durch die Erhöhung
57 der Betreuungsentgelte in die Stadtkasse
58 kommen. Die Stadt Reutlingen ist bereits
59 seit einiger Zeit in der Haushaltskrise. Es
60 ist absehbar, dass auch viele andere
61 Kommunen die Gebühren nach oben an-
62 passen müssen.
63 Die Gebührenordnung ist ein komplexes
64 System, differenziert und durchdacht.
65 Einfach niedrigere Gebühren zu fordern
66 – das wird der Gesamtlage nicht gerecht.
67 Unsere Fraktion steht für eine solidari-
68 sche Stadtgesellschaft. Dazu gehört auch
69 ganz aktuell die Entscheidung für den
70 Verbleib Reutlingens im Bündnis Sicherer
71 Hafen, der die Bereitschaft aufzeigt, be-
72 sonders schutzbedürftige Menschen auf-
73 zunehmen.